JOB-CENTER

„Dreiste Lüge“

Bei der geplanten Reform der Job-Center hat die SPD der Regierung Unterstützung angeboten. „Wir sind bereit, für eine sinnvolle Neuordnung der Hartz-IV-Verwaltung die Verfassung zu ändern“, sagt der zuständige SPD-Experte Hubertus Heil. Er widerspricht damit der Union, deren Fachpolitiker kürzlich behauptet hatten, eine entsprechende Grundgesetzänderung sei bislang am Veto der SPD gescheitert. So verbreitet der Christdemokrat Ralf Brauksiepe, Parlamentarischer Staatssekretär im Arbeitsministerium, auf der Internetseite „abgeordnetenwatch.de“, dass sich die SPD „klar festgelegt hat, eine Verfassungsänderung in diesem Bereich nicht mitzutragen“. Das, so kontert Heil, sei „eine dreiste Lüge und Geschichtsklitterung“. Tatsächlich

HERIBERT PROEPPER / AP

hatte sich der ehemalige SPD-Arbeitsminister Olaf Scholz Anfang des Jahres mit allen Landesregierungen auf eine Verfassungsänderung geeinigt. Die Gesetzesvorlage scheiterte allerdings im März am Veto der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, die eine Grundgesetzänderung kategorisch ablehnte.

MICHAEL KAPPELER / DDP

Bundeswehrpatrouille nahe Kunduz

BUNDESWEHR

Verstärkung für Kunduz umstritten

Die Opposition fordert von Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) eine Erklärung, wie er mit der für Kunduz versprochenen Verstärkung von 120 zusätzlichen Soldaten die Mandatsobergrenze einhalten will. „Der Minister muss sich an Recht und Gesetz halten“, sagt der Verteidigungsexperte der Grünen, Omid Nouripour. Er befürworte die Verstärkung des Stützpunkts in Kunduz zwar grundsätzlich, „es ist aber nicht akzeptabel, wenn damit die Mandatsobergrenze von 4500 Soldaten dauerhaft überschritten wird“. Im Verteidigungsministerium ist man sich des Problems bewusst. So wird überlegt, ob in der Administration Personal abgebaut werden kann. Schon jetzt wird die Obergrenze im Rahmen von Kontingentwechseln immer wieder überschritten. So befanden sich in der vergangenen Woche 4576 Soldaten in Afghanistan. Diese kurzfristigen Überschreitungen sind allerdings vom Mandat gedeckt. Die 120 zusätzlich versprochenen Soldaten, mehrheitlich Fallschirmjäger aus Lebach und Panzergrenadiere aus Munster, sollen schon am 10. Januar die Sicherung des Bundeswehrstützpunkts in Kunduz übernehmen.

AUSSENHANDEL

Regierung mahnt Geld an

In scharfem Ton hat die Bundesrepublik die Regierung Kasachstans gemahnt, ihre Schulden gegenüber deutschen Firmen und Banken zurückzuzahlen. Ein entsprechendes Schreiben hat der frühere Bundeswirtschaftsministers Karl-Theodor zu Guttenberg Ende Oktober dem kasachischen Premierminister Karim Massimow geschickt. Lenke der Regierungschef nicht ein, könnten die guten Beziehungen zwischen beiden Ländern Schaden nehmen, heißt es in dem Brief. Zwei der größten kasachischen Banken, darunter die mehrheitlich staatseigene BTA, stehen im Zuge der Finanzkrise vor der Pleite. Sie können ihre Auslandsverbindlichkeiten in Höhe von rund 15 Milliarden Dollar nicht bedienen, was sowohl den deutschen Steuerzahler als auch deutsche Banken und Exporteure teuer zu stehen kommen könnte. Guttenberg betont, er habe keinerlei Verständnis dafür, wenn die kasachische Regierung Banken von systemischer Relevanz straucheln ließe – und der deutsche Steuerzahler dafür die Rechnung bezahlen müsse. Rund 800 Millionen Euro der Forderungen gegenüber Kasachstan sind vom Bund über Hermes-Bürgschaften abgesichert. Der kasachische Staat fühlt sich jedoch nicht mehr in der Verantwortung, nachdem er seit Ende vergangenen Jahres vier Milliarden Dollar zur Rettung der Banken bereitgestellt hat. Guttenberg bietet an, die Rückzahlung drei Jahre zu stunden, sofern die kasachische Regierung eine staatliche Garantie zur Tilgung der Kredite übernimmt. Dazu ist Kasachstan bisher jedoch nicht bereit.

DMITRY ASTAKHOV / ITAR-TASS

Massimow